

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Einbürgerung – Quo vadis?

Am 12. Februar wird darüber abgestimmt, ob die Einbürgerung der dritten Ausländergeneration zusätzlich erleichtert wird. Bereits mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) gibt es für die dritte Generation eine Erleichterung, sodass ab dem 1. Januar 2018 die Aufenthaltsfrist generell auf 10 Jahre verkürzt wird und die Aufenthaltsjahre zwischen dem 8. und 18. Lebensjahr doppelt gezählt werden.

Damit aber nicht genug; Einbürgerungen sollen nun generell auf Bundesebene behandelt werden und die Kantone und Gemeinden (welche sich mit den Eingebürgerten direkt beschäftigen und die genauen Umstände kennen) hätten nichts mehr zu sagen. Damit würde auf Kosten des Föderalismus nun ein Automatismus greifen. Die neuen «Hürden» für die Einbürgerung sind sehr bescheiden: Höchstens 25 Jahre alt, in der Schweiz geboren und während fünf Jahren Schulbesuch in der Schweiz. Nur ein Grosselternanteil muss in der Schweiz geboren sein oder das Aufenthaltsrecht haben. Die Schweiz gehört bereits heute in Europa bei der Zahl von Einbürgerungen im Vergleich zur Bevölkerungszahl zur Spitzengruppe. Im Jahr 2015 wurden rund 40 000, im Jahr 2016 sogar 43 000 AusländerInnen eingebürgert. Der Ausländeranteil in der Schweiz ist weltweit mit 24,6 Prozent praktisch am höchsten (ausser in Luxemburg und Liechtenstein). Nicht zu vergessen ist, dass mit dem Schweizer Bürgerrecht weltweit einzigartige Volks- und Freiheitsrechte erworben werden.

Auch viele Ausländerinnen und Ausländer sind übrigens gegen eine weitere Erleichterung. Schliesslich haben sie sich ebenfalls angestrengt und integriert. Ich kenne auch viele Beispiele aus Gemeinden; wobei der ganze Einbürgerungsprozess überhaupt nicht als Schikane sondern sehr positiv und persönlich wahrgenommen wurde.

Warum etwas ändern, das sich bewährt hat? Manchmal scheint es, als wollen die Linken durch diese weiteren Erleichterungen die Statistiken künstlich verschönern. So sind es plötzlich eingebürgerte Schweizer und keine Ausländer mehr. Wird jemand kurz nach der Einbürgerung straffällig, ist dieser bereits als Schweizer erfasst.

Bereits heute können sich junge AusländerInnen problemlos einbürgern, wenn sie die Auflagen erfüllen und integriert sind. Viele wollen dies gar nicht. Daher gibt es auch keinen Grund, diese Praxis ein weiteres Mal aufzuweichen. Eine sorgfältige Überprüfung nahe bei den Einbürgerungswilligen ist sehr wichtig. Die Landessprache muss beherrscht werden und die hiesigen Sitten müssen gelebt werden.

Der Schweizerpass sollte die letzte Stufe der Integration sein, und nicht umgekehrt. Dem gilt es Sorge zu tragen.

## KREATIVE SVP-KLAUSUR ZUM GESUNDHEITSPAPIER

## Beeindruckende Besichtigung – konstruktive Tagung

An der Tagung Ende Januar diskutierten die anwesenden SVP-Mitglieder, welchen Beitrag die SVP Stadt Zürich zum Thema «Gesundheit» leisten kann. An der Arbeitstagung wurden die inhaltlichen Grundlagen für das Gesundheitspapier erstellt.

In der Gesundheitspolitik ist vieles durch die nationale Gesetzgebung und durch das Krankenversicherungsgesetz vorgegeben. Die Gemeinden haben jedoch einigen Spielraum bei Fragen, welche die Gesundheitspolitik betreffen.



Thomas Osbahr (links) und Rolf Müller leiteten die Arbeitstagung im Triemlihospital.

### Heizungsbesichtigung

Die Besucher der Tagung besichtigten zuerst unter fachkundiger Führung die Heizungsanlage des Triemlihospital. Das ewz betreibt im Rahmen eines Energie-Contracting die Wärmeversorgung. Mit der Holzschnitzelanlage spart das Stadtspital Triemli jährlich rund 1,5 Millionen Liter Heizöl. Die Holzschnitzel stammen aus Stadtzürcher Wäldern. Die Anlage erzeugt für die Sterilisierung und andere Prozesse Temperaturen von bis zu 160 Grad Celsius. Für Raumheizung und Warmwasser sind zwei Wärmepumpen in Betrieb. Die Besichtigung zeigte eindrücklich, dass im Gesundheitswesen auch Logistik und moderne Technik wichtig sind.

### Themenkatalog erarbeitet

Anschliessend an die Führung fand die Klausur statt. Vorab gab Prof. Dr. med. Andreas Zollinger, Medizinischer Direktor des Triemlihospital, eine Einführung in das Thema. Auf städtischer Ebene stehen weitreichende Entwicklungen an, wie etwa Wohnformen im Alter, Umgang mit Demenz und Tod oder die aktuelle Diskussion um die Rechtsform der Stadthospitäler und Spitalfusionen. Ein Themenschwerpunkt war deshalb,

## SVP-ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

## Städtische Abstimmungs-Vorlagen vom 12. Februar 2017

Die SVP der Stadt Zürich hat an der Delegiertenversammlung vom 24. November 2016 folgende Parolen beschlossen:

### Kantonale Vorlagen

1. Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!»	NEIN
2. Sozialdepartement, Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum, Gemeindebeschluss. Neue Rechtsgrundlage für sip (Sicherheit, Intervention, Prävention)	NEIN
3. Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier. Objektkredit von 29,48 Mio Franken	JA

ob man die Spitäler Triemli und Waid aus der städtischen Verwaltung ausgliedern soll. Auch von den anstehenden Spitalfusionen sind die Städte betroffen.

Ein zentrales Thema sind die Kosten im Gesundheitswesen. Die SVP Stadt Zürich soll Position beziehen, wie die Kosten gesenkt werden können. Wichtig ist die Eigenverantwortung. Auch im Gesundheitswesen liesse sich einiges privatisieren. Einige Zeit verwendete die Arbeitsgruppe auf die Frage, wie man Familien stärken kann, welche alte und kranke Angehörige selber pflegen. Ebenso wurden Vorschläge

zum Thema Wohnen im Alter formuliert. Die Ergebnisse der Klausur bilden die Grundlage für das Gesundheitspapier der SVP Stadt Zürich. Es wird ein Teil des Parteiprogramms 2018–2022 der SVP Stadt Zürich, welches die Richtschnur und das Leitbild für unsere gewählten SVP-Vertreterinnen und -Vertreter sein wird.

Die SVP-Fraktion, die Geschäftsleitung und weitere Arbeitsgruppen werden das Gesundheitspapier basierend auf den Ergebnissen der Tagung ausarbeiten.

Martin Bürlimann, Gemeinderat, Zürich

## LESERBRIEF

## Radikale Schulreformen 2006–2016

2006 nahm das Volk den Bildungsartikel unter dem Schlagwort «Harmonisierung» an in der Meinung, damit würden nur Schulanfang und Bildungsziele angeglichen.

Im gleichen Jahr begann ein kleines Projektteam von Experten für «Kompetenzorientierung» mit der Ausarbeitung der Grundlagen für den Lehrplan 21. Im gleichen Jahr begann die Gemeinde Uetikon am See mit der Planung des «selbstgesteuerten Lernens», damit die Schule im Dorf bleiben durfte. Alles Zufall? Honi soit qui mal y pense!

Natürlich wusste man damals noch nicht, dass «Harmonisierung» eines von drei Zielen der Wirtschaftsorganisation OECD war, um den globalen Bildungsmarkt zu «öffnen», mit der Vision, den Lehrer dereinst durch die gleichen Computerprogramme weltweit zu ersetzen. Mit dem Pisa-Schock hatte die OECD bereits eine weltweite Reformwelle in Gang gesetzt, bei der die traditionellen Bildungssysteme mit der OECD-Kompetenzorientierung ersetzt wurden, was allerdings im Pisa-Ranking zu einer Abwärtsspirale (Beispiel Finnland, Neuseeland usw.) führte, die immer weitere Reformen auslöst. Selbst heute weiss kaum jemand, dass die OECD-Kompetenzorientierung (nach Weinert) mit dem «selbstgesteuerten Lernen» in den Grundlagen des Lehrplans 21 als die alleinige «zeitgemässe» Methode verankert wurde. Damit werden Klassenunterricht, Methodenfreiheit und Lehrer durch das selbstgesteuerte, individuelle Lernen mit Computerprogrammen abgelöst.

Zehn Jahre später: 2016 ebnet die Schweizerische Lehrerdachorganisation LCH mit ihrem Leitfaden «Externe Bildungsfinanzierung» den globalen Bildungskonzernen den Weg ins Klassenzimmer. Im Oktober 2016 kündigte die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka den «Digitalpakt#D» an: 40 000 Schulen in Deutschland sollen in den nächsten fünf Jahren mit Computern und WLAN ausgestattet werden. Im «Gegenzug für die finanzielle Unterstützung» werden Zugeständnisse eingefordert, die einen massiven Eingriff in das Berufsbild und das Selbstver-

ständnis des Unterrichts bedeuten. Lehrerinnen und Lehrer sollen z.B. für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ausgebildet werden. Das verkürzt auf digitale statt allgemein «Medien im Unterricht».

Zugleich wird Digital- als Medientechnik im «Unterricht» verpflichtend vorgeschrieben (siehe Analogie zum Lehrplan 21), was ein direkter Eingriff in die Lehr- und Methodenfreiheit der Lehrenden ist. 2016 sind bei den Lehrplan-21-«Versuchs»-Schulen wie der Sek Ossingen Lehrer und Klassenunterricht abgeschafft.

«Lernbegleiter» und «Lernende» sitzen meistens vor Computer und Tablet. Der isolierte digitale Monolog wirkt sich besonders verheerend auf die Sprachfächer aus. Im gleichen Jahr stürzt die Schweiz bei Pisa überall ab, 20 Prozent der Schulabgänger sind kaum mehr vermittelbar, weil ihnen Grundkenntnisse fehlen.

Zufall oder schlechtes Omen? Die neoliberale Ökonomisierung (Privatisierung) der Bildung ist in den letzten zehn Jahren weiter fortgeschritten: Die Umsätze des globalen Bildungsmarktes sollen von 4,5 Billionen im Jahr 2012 auf 6,4 Billionen USD im 2017 gestiegen werden.

Peter Aebersold, Zürich

## LESERBRIEF

## JA für den Denk- und Werkplatz Schweiz

Ein JA zur Unternehmenssteuerreform III ist in dreifacher Hinsicht wichtig und richtig.

Erstens dürfen Firmen, welche viel Geld in Forschung und Entwicklung investieren, für diese Aufwände höhere Steuerabzüge geltend machen.

Zweitens können Firmen ihre Einkünfte, welche sie mit Patenten erzielen, zu einem reduzierten Satz versteuern. Drittens werden jene Firmen steuerlich bessergestellt, welche mit genügend Eigenkapital solid arbeiten, statt sich bis über beide Ohren mit Fremdkapital zu verschulden.

Die Unternehmenssteuerreform III ist somit ein dreiteiliges wichtiges Werkzeugset für die sichere wirtschaftliche Zukunft der Schweiz.

Die Reform honoriert die Bereitschaft, in Forschung zu investieren. Das passt zur Schweiz, denn die Schweiz investiert sehr viel Geld in die Bildung.

Was liegt näher, als Anreize zu schaffen, damit junge Menschen, welche hier ausgebildet werden, später auch in unserer Schweiz einen Arbeitsplatz haben? Bildung ist der Rohstoff der Schweiz!

Halten wir Sorge zu diesem Rohstoff, in dem wir Rahmenbedingungen

festlegen, damit sich der Rohstoff unserer Jugend auch in Zukunft in solid bezahlten Arbeits- und Forschungsplätzen innerhalb der Schweiz entfalten kann.

Dazu braucht es neben Forschung und Innovation auch wirtschaftlich gesunde Unternehmen. Diese zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie mit genügend Eigenkapital versorgt sind. Ungesunde Unternehmungen und gefährdete Arbeitsplätze findet man nämlich mehrheitlich dort, wo mit fremdem Geld und blindem Opportunismus hantiert wird.

Es ist daher sinnvoll, steuerliche Anreize zu setzen, damit Unternehmungen solid und krisenresistent weitgehend selbstfinanziert sind.

Mit einem JA zur Unternehmersteuerreform III sagen wir somit JA zu Forschung und Innovation, JA zu optimalen Startchancen von Lehr- und Studienabgängern, JA zur Jobsicherheit für die Generation Ü50, JA zu krisenresistenten und solid finanzierten Arbeitsplätzen: JA zum Denk- und Werkplatz Schweiz.

Stefan Schmid  
Kantonsrat, Niederglatt

## LESERBRIEF

## USR III – Investition in die Zukunft

Der internationale Druck zur Abschaffung der Statusbesteuerung ist gross, kein Weg führt an der Abschaffung vorbei. Ein erfolgreiches Modell, welches der Schweiz grossen Wohlstand gebracht hat, muss ersetzt werden. Mit der vorliegenden Unternehmenssteuerreform werden langjährige Forderungen der Linken erfüllt. In- und ausländische Firmen werden von nun an gleichbehandelt, wie es der internationale Druck (und die Linke) fordert.

Die Schweizer KMU profitieren ebenfalls von einem reduzierten Steuersatz. Diese Bundesvorlage legt den Grundstein, für eine weiterhin erfolgreiche Schweizer Wirtschaft und gibt den hier

angesiedelten Firmen eine dringend notwendige Rechtssicherheit.

Die über 150 000 Arbeitsplätze bleiben bestehen. Diese Vorlage ermöglicht es den Kantonen, die für ihren Wirtschaftszweig massgeschneiderte Lösung zu wählen.

Die Pharmaindustrie braucht andere Lösungen als ein Finanzdienstleister. Die letzte Steuerreform hat, wie es auch für die USR III vorausgesagt wird, zu kurzfristigen Steuerausfällen geführt. Heute zahlen die Firmen wieder massiv mehr Steuern als vor der letzten Steuerreform.

Dies wird auch nach der USR III der Fall sein.

Die Linke bekämpft die Reform, hingegen wird sie von allen kantonalen Finanzdirektoren befürwortet, inklusive der SP-Vertreter.

Ich vertraue der SP-Finanzdirektorin von Basel, Eva Herzog, mehr als den Linken, wenn sie sich für die Reform einsetzt.

SP-Frau Eva Herzog trägt als Finanzdirektorin Verantwortung und setzt sich für die USR III ein. Stimmen Sie am 12. Februar Ja zur USR III und sichern Sie unseren Wohlstand auch in Zukunft.

Ueli Pfister  
Kantonsrat, Esslingen